

Kommentar zur Forderung der NATO, Deutschland müsse seine Anstrengungen in der Verteidigung weiter erhöhen – Dr. Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer BDSV

In der vergangenen Woche hatte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz, einen vergleichsweise kleinen Kreis von Vertreterinnen und Vertretern unserer Industrie zum Gespräch darüber geladen, was unsere Branche braucht, um ihren Auftrag zur Ausrüstung von Bundeswehr und Organen der inneren Sicherheit so ausfüllen zu können, dass Deutschland seine sicherheitspolitischen Ziele auch tatsächlich erfüllen kann.

Von dem Gespräch sollte die Botschaft ausgehen, dass sich CDU/CSU – Herr Merz wurde von führenden Verteidigungs- und Wirtschaftspolitikern seiner Fraktion begleitet – für unsere Branche einsetzen will. Dabei hatten alle anwesenden Industrie-Repräsentanten die Möglichkeit, ihre Botschaften zu Gehör zu bringen. Klar war, dass perspektivisch viel mehr Geld für unsere gesamtgesellschaftliche Sicherheit im Allgemeinen und für die Bundeswehr im Besonderen mobilisiert werden muss.

Dies trifft zusammen mit den Berichten einiger deutscher Zeitungen (Welt am Sonntag und Süddeutsche), in denen sich der deutsche NATO-General Christian Badia geäußert hatte, der seit 2022 die Funktion des Deputy Supreme Allied Commander Transformation der NATO in Norfolk/USA innehat. In dieser Position ist er für die Formulierung der Anforderungen zuständig, die die NATO an ihre Mitglieder stellt. Badia machte in seinen jüngsten Äußerungen gegenüber den genannten Medien sehr deutlich, dass die aktuellen Anforderungen der NATO weit über die bisher bekannten Erwartungen hinausgehen. Bemüht man sich dazu um Rückäußerungen von Fachpolitikern aus dem Deutschen Bundestag, so ist diese Information dort natürlich nicht unbekannt. Im Zweifel war sie dort schon länger hinterlegt worden, jedenfalls schon bevor sie in die Medien kam. Dennoch trifft man im Bereich der „Ampel“-Parteien verbreitet auf die Reaktion, dass man sich den haushaltspolitischen Folgerungen daraus erst im kommenden Jahr 2025 zu stellen habe.

Nun wissen wir alle, dass bei planmäßigem Verlauf im Jahr 2025 der Bundestagswahlkampf die politischen Themen dominieren wird, sofern er dies nicht jetzt schon zumindest unterschwellig tut. Das Verschieben der haushaltspolitischen Umsetzung der NATO-Anforderungen bedeutet also nichts anders, als deren Umsetzung bzw. Nicht-Umsetzung zu einem Wahlkampfthema zu machen, was angesichts der speziellen Haltung von AfD und BSW zu bestimmten Rüstungsfragen das Risiko beinhaltet, dass Bürgerinnen und Bürger am Ende in eine Art Abstimmung für oder gegen die Erfüllung der NATO-Notwendigkeiten getrieben werden könnten.

Demgegenüber wäre es allemal sachgerechter, die Frage schon jetzt im Rahmen der anstehenden Mittelfristigen Finanzplanung anzugehen. Dies würde aber bedeuten, dass innerhalb der Bundesregierung die damit zusammenhängenden Verteilungs- und Regelungskonflikte jetzt gelöst werden müssten.

Wie auch immer sich die Dinge entwickeln: Wir müssen durchhalten!

Berlin, den 14. Oktober 2024